

2.3.7 Leben mit Behinderungen

In Dresden lebten 57 202 Menschen mit Behinderungen, 44 896 Personen davon waren schwerbehindert. 36 538 Personen mit schwerer Behinderung verfügten über einen gültigen Schwerbehindertenausweis (Quelle: Landesamt für Familie und Soziales, Stand Dezember 2005).

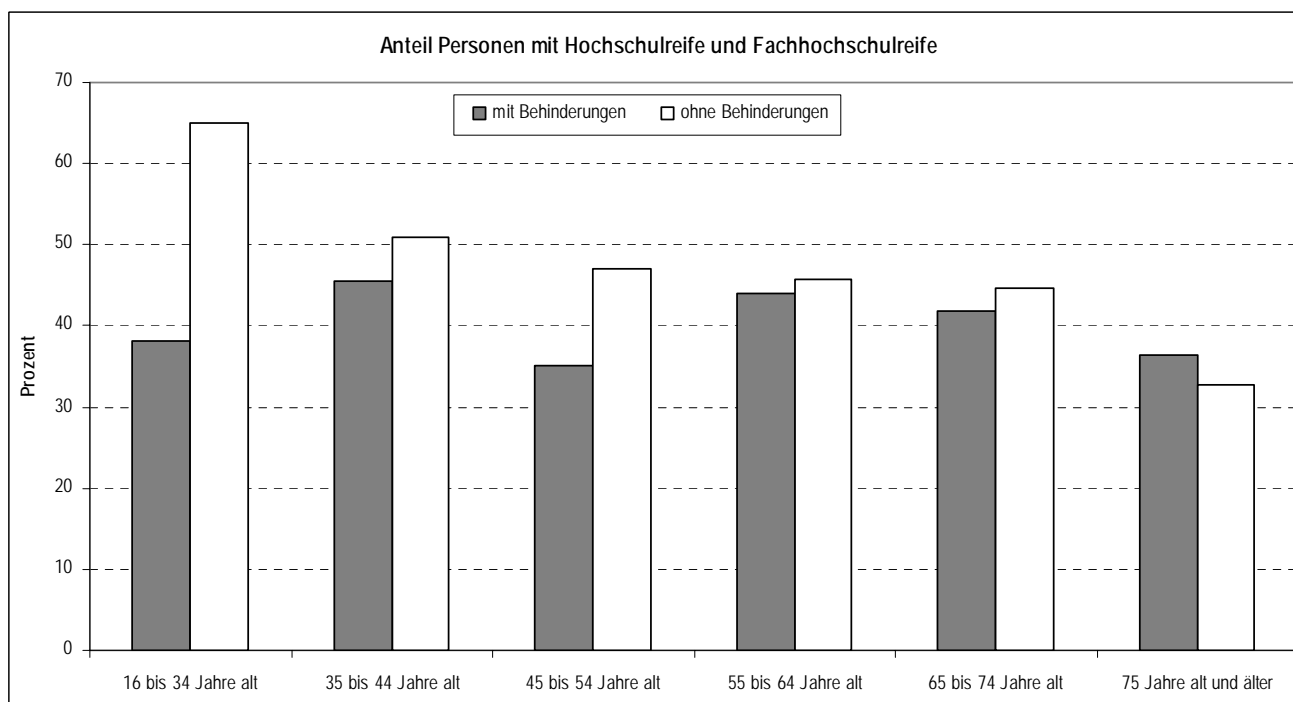
Die Reihe der Kommunalen Bürgerumfragen setzt sich zum zweiten Mal mit der Lebenssituation der Dresdnerinnen und Dresdner mit Behinderungen auseinander. Hier sollen dazu erste Aussagen getroffen werden, schwerpunktwise zu solchen Sachverhalten, in denen sich Bürger mit Behinderungen und ohne Behinderung deutlich voneinander unterscheiden.

Wie schon im Jahr 2002 geben 14 Prozent der befragten Haushalte an, dass mindestens ein Angehöriger einen Schwerbehindertenausweis besitzt. Weitere 4 Prozent (2002: 3 Prozent) sind der Meinung, dass einer der Haushaltsangehörigen vermutlich einen Anspruch auf einen Schwerbehindertenausweis hat. Dazu passt die Angabe von 16 Prozent aller Haushalte, bei ihnen würden Mitglieder mit einer amtlich anerkannten Behinderung leben, was für einige Befragte eben nicht zwingend ein Schwerbehindertenausweis sein muss.

Wir betrachten zunächst die Antworten der unter 60-Jährigen: Nur 10 Prozent der Haushalte, in denen der Befragte jünger als 65 Jahre alt ist, haben Mitglieder mit einer amtlich anerkannten Behinderung. In 10 Prozent der Haushalte mit Behinderten lebt ein Mitglied mit einer Sehbehinderung, in 29 Prozent mit einer Gehbehinderung, in 15 Prozent mit einer Hörbehinderung und in 59 Prozent mit einer sonstigen Behinderung. In fast jedem dritten Haushalt von Befragten, die älter als 60 Jahre

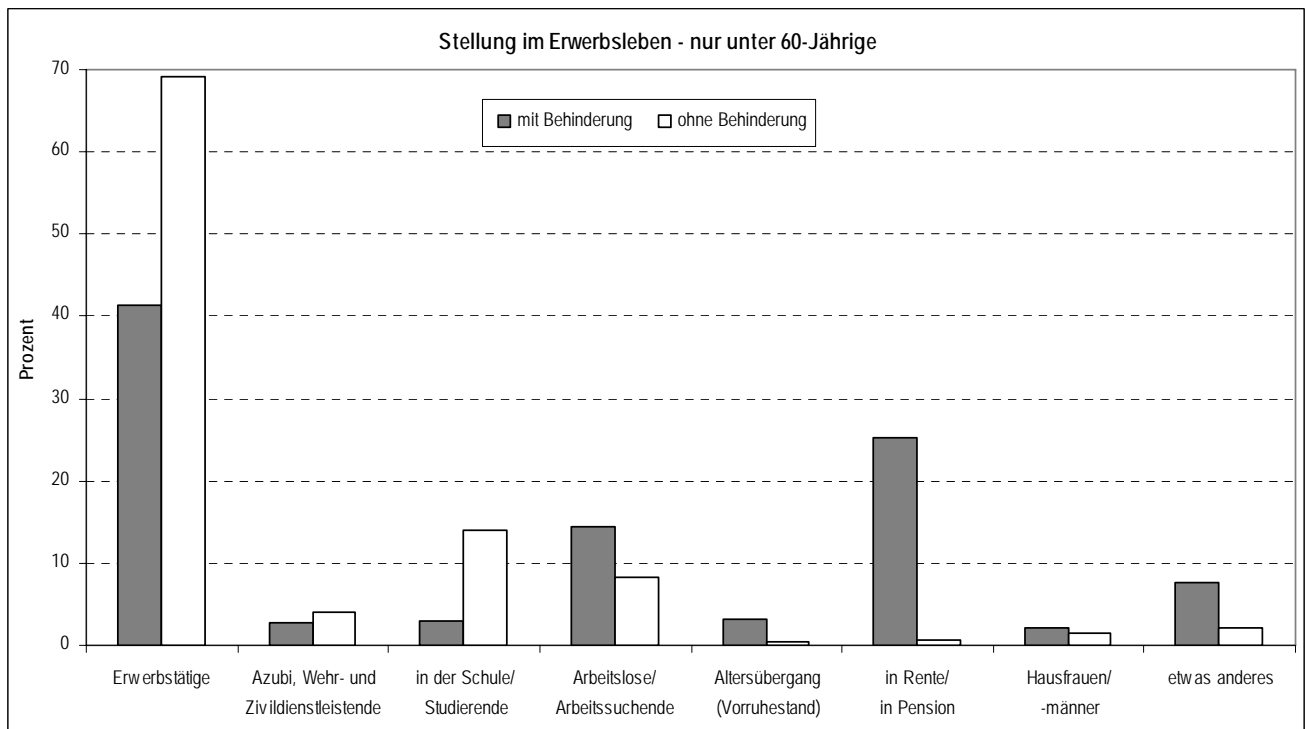
sind, lebt mindestens ein Mitglied mit einer Behinderung. Die Anteile der Behinderungsarten verschieben sich hin zu Gehbehinderung mit 52 Prozent, Hörbehinderung mit 26 Prozent, Sehbehinderung mit 14 Prozent und sonstige Behinderungen mit 39 Prozent. Im Vergleich mit den Ergebnissen der KBU 2002 gingen in allen Altersgruppen die Anteile der Sehbehinderten zurück, was ein Resultat der modifizierten Fragestellung sein könnte: Während 2007 nach dem Vorliegen einer amtlich anerkannten Behinderung gefragt wurde, hieß es 2002 nur einfach Behinderung. Möglicherweise haben sich Menschen mit einem Sehfehler, der optisch leicht z. B. mit einer Brille korrigiert werden kann, 2002 noch als sehbehindert eingestuft, bei der neueren Umfrage davon jedoch abgesehen. Insgesamt nahm über die Jahre die Angabe „eine andere Behinderung“ zu. Da diese nicht weiter spezifiziert worden sind, kann über Gründe dafür nur spekuliert werden.

Von den nicht verheirateten bis 60 Jahre alten Dresdnern mit Behinderungen leben nur 20 Prozent in Lebensgemeinschaften – gegenüber 46 Prozent bei nicht behinderten Personen der gleichen Altersgruppe. Menschen mit Behinderungen, insbesondere in den jüngeren und mittleren Altersgruppen, haben in Dresden häufiger als Nichtbehinderte einen Haupt- oder Realschulabschluss und sind dafür seltener im Besitz einer Fachhochschul- oder Hochschulreife. Bei den Berufsabschlüssen spiegelt sich der Bildungsunterschied wider. Unter den älteren hat ein großer Teil die Behinderung erst im Erwachsenenalter, also nach Abschluss der allgemeinen Schulbildung, erworben. Deshalb ist der Zusammenhang in den höheren Altersklassen nicht mehr nachzuweisen.



Menschen mit Behinderungen arbeiten doppelt so oft als Ungelernte oder Angelernte wie Menschen ohne Behinderungen (11 Prozent bzw. 6 Prozent), auch sind sie seltener mit Führungspositionen betraut. Anders als bei der Umfrage 2002 gibt es fast keinen Unterschied zwischen den beiden Vergleichsgruppen bei der Antwort auf die Frage nach der Qualifikationsentsprechung der Arbeit. Unter den Menschen, die bei der Umfrage das Vorhandensein eines eigenen Schwerbehindertenausweises angeben und die im erwerbsfähigen Alter sind, bezeichnet sich jeder Vierte

als Rentner – gegenüber Nichtbehinderten sind entsprechend weniger erwerbstätig. Auch sind unter den Personen mit Behindertenausweis 7 Prozentpunkte mehr arbeitslos und häufiger wird auch die Antwortvorgabe „etwas anderes“ gewählt. Die bedeutend geringere Zahl von Schülern und Studierenden hängt wieder auch damit zusammen, dass Behinderungen erst im Verlauf des Lebens erworben werden.



Menschen mit Behinderungen benötigen für die Gestaltung ihres täglichen Lebens gerade auf Grund ihrer besonderen Lebensumstände oft mehr Geld als andere. So ist die Frage nach der finanziellen Situation und Ausstattung von Haushalten, in denen Menschen mit Behinderungen leben, von ganz besonderer Brisanz. Das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen eines Haushaltes mit Behinderten liegt bei 1 600 EUR gegenüber 1 700 EUR beim „Rest“. Dieser Vergleich ist aber nicht sehr aussagekräftig, weil Menschen mit Behinderungen oft älter sind und häufiger in relativ kleinen Haushalten leben. Das personengewichtete Äquivalenzeinkommen gleicht die Haushaltsgrößen aus und liegt bei Haushalten mit behinderten Angehörigen durchschnittlich bei 1 205 EUR, die anderen verfügen über 1 300 EUR. Das Arbeitseinkommen behinderter Erwerbstätiger in Einpersonenhaushalten liegt durchschnittlich ca. 195 EUR unter dem Nichtbehinderter, die Differenz hat sich seit 2002 nicht geändert.

Dementsprechend benennen Personen mit Behinderungen ihre wirtschaftliche Lage deutlich seltener mit gut oder sehr gut (33 Prozent zu 44 Prozent bei Nichtbehinderten) und sie erwarten auch in Zukunft seltener eine Verbesserung (7 Prozent zu 15 Prozent). Sie sind häufiger Empfänger von Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Pflegegeld und Grundsicherung.

Jüngere Personen mit Behinderungen bewerten ihre Wohnverhältnisse und ihr Wohnviertel schlechter als Nichtbehinderte, ältere nur die Wohnung selbst. Menschen mit Behinderungen fühlen sich sowohl in ihrer Wohnung, als auch in der Wohngegend und der Stadt deutlich unsicherer als die Vergleichsgruppe, von den unter 60-Jährigen mit einer Behinderung fühlen sich nur 20 Prozent in ihrer Wohnung sehr sicher, bei den anderen sind es 36 Prozent. Im Vergleich geben Haushalte mit Behinderten gut 3 Prozent von ihrem Haushaltseinkommen mehr für das Wohnen aus und zahlen pro Quadratmeter fürs Wohnen insgesamt 16 Cent mehr. Wie und wo leben sie aber zu diesem Preis? Haushalte mit behinderten Mitgliedern wohnen häufiger bei der Gagfah Group oder bei Genossenschaften und sie wohnen häufiger als andere in Wohnungen, die während der DDR-Zeit errichtet worden sind. 13 Prozent der Haushalte mit Behinderten bezeichnen ihre Wohnung als alten- und behindertengerecht, 8 Prozent als rollstuhlgerecht und 79 Prozent verfügen über einen Balkon, eine Terrasse, Veranda oder dergleichen, während dieser Wert bei Haushalten von Nichtbehinderten nur bei 73 Prozent liegt.

Vor allem die Haushalte mit Behinderten, in denen der Befragte unter 60 Jahre alt war, wollen seltener ihre Wohnung wechseln als aus den Antworten Gleichaltriger in Haushalten ohne Behinderten hervorgeht und wenn, dann wollen sie oft im gleichen Stadtteil verbleiben. Diese Haushalte suchen relativ häufiger eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus und geben insgesamt mehr Gründe für den Wechsel ihrer Wohnung an als andere. Dazu gehört bei den Jüngeren der Wunsch nach einer kleineren, moderneren, billigeren und behindertengerechten Wohnung sowie nach besserer Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, besseren Einkaufsmöglichkeiten und einem anderen sozialen Umfeld, Ältere suchen eine modernere, behindertengerechte Wohnung mit Grün im Wohnumfeld, gegebenenfalls auch betreutes Wohnen. Der Umzugsgrund mehr Ruhe und Naturnähe wird von Nichtbehinderten insgesamt mehr genannt.

Personen mit Behinderungen wünschen sich stärker als Nichtbehinderte ein besonderes Engagement der Stadt für den öffentlichen Personennahverkehr, Verkehrsberuhigung sowie für Belange der Fußgänger. Verkehrslösungen sollten behindertengerecht gestaltet sein. Aus der Frage nach der Nutzung von Verkehrsmitteln geht hervor, dass sie häufiger als andere auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind und ihr Motorisierungsgrad geringer ist.

Die Teilhabe Behinderter bis 60 Jahre an kulturellen und sportlichen Veranstaltungen in der Stadt ist etwas geringer als bei Nichtbehinderten. Ausnahmen sind dabei Angebote für Stadtteilkultureinrichtungen und Begegnungsstätten für Senioren und Behinderte. Als Gründe werden zu hohe Preise und fehlende behindertengerechte Gestaltung benannt. Menschen mit Behinderungen, gleich welcher Altersgruppe, haben seltener einen Computer und nutzen auch seltener das Internet.

Es bestätigt sich, dass Menschen mit Behinderungen stärker als Nichtbehinderte in sozialen bzw. gesundheitlichen Organisationen vertreten sind. 29 Prozent der unter 60-Jährige mit einer Behinderung übernehmen ehrenamtliche Arbeit, vorzugsweise im sozialen und gesundheitlichen Bereich, bei Nichtbehinderten dieser Altersgruppe sind das nur 23 Prozent.